Die Frauen in der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-351336

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

kann, sie erträgt keine Einschränkung. Schon früher haben wir auf das Beispiel von Deutschland hingewiesen und tun es heute wieder durch die Aufnahme des nachfolgenden Artikels aus der letzten Nummer der „Gleichheit" über die Stellung der Frauen in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dessen Ausführungen auch für unsere schweizerischen Verhältnisse durchaus maßgebend sind. R. B.

Die Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Frage nach der Stellung und den Rechten der Genossinnen in der Organisation der geeinigten Opposition hat die Gothaer Konferenz beschäftigt. Die allgemeine Grundlage dafür — wie für die Organisation überhaupt — ist nach den zur Annahme gelangten „Grundlinien" das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei. Die „Grundlinien" setzen jedoch hinzu: „Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden, und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben." Sache der Genossinnen muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung betreffs ihres eigenen Rechtes zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit kein toter Buchstabe bleibt. Es deckt sich mit den Bestimmungen des Organisationsstatuts, wenn die „Organisationsgrundlinien" der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei festlegen, daß dem mit der Zentralleitung betrauten „Aktionskomitee", ebenso der Bezirksleitung eine Genossin angehören muß.

Mit einer Bestimmung sind die „Grundlinien" erheblich über das alte Statut hinausgegangen. Sie setzt einen Reichs-Frauenausschuß ein. „Die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauen-Reichsausschuß nach Bedarf zusammenberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt." Die Neuerung entspricht dem „Kompromißantrag", der von elf weiblichen Delegierten eingebracht wurde, da geringe Aussicht bestand, daß der weitergehende Antrag des zweiten Berliner Wahlkreises die Zustimmung der Konferenz finden würde. Dieser Antrag besagte: „Der Frauen-Reichsausschuß hat die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben. Die Genossinnen jedes Agitationsbezirkes wählen je eine Genossin in den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf zusammentritt. Der Frauen-Reichsausschuß wählt aus seiner Mitte eine Genossin, die die laufenden Arbeiten zu erledigen und in Verbindung mit den anderen Mitgliedern des Frauen-Reichsausschusses die Zusammenkünfte vorzubereiten hat. Die Vertreterin der Genossinnen im Aktionskomitee hat im Frauen-Reichsausschuß beratende Stimme." Der Berliner Vorschlag sah also für den Ausschuß sowohl eine breitere demokratische Grundlage vor wie auch ein selbständigeres Wirken.

Zu seiner Begründung, wie zu den zwei anderen Anträgen, daß den Bezirksleitungen und dem Aktionskomitee mindestens eine Genossin angehören müsse, führte Genossin Wurm aus: „Die Parteigenossinnen müssen überall mehr für die Sache des Sozialismus, für das Leben und die Aufgaben der Partei interessiert werden. Deshalb ist die Einsetzung eines Frauen-Reichsausschusses notwendig. Schon die Wahl ihrer Vertreterinnen zum Ausschuß erweckt ihr Interesse. Sie müssen sich mit den Einrichtungen und ihren Aufgaben beschäftigen, müssen sich darüber aussprechen, müssen entscheiden. Genossin Zetkin hält nach ihren Erfahrungen als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen die Schaffung eines Frauen-Reichsausschusses nicht bloß für sehr nützlich, sondern für dringend nötig. Notwendig ist auch die Sicherung eines wirklich demokratischen Minderheitsrechts, kraft dessen Genossinnen in alle Stellen der Parteiverwaltung kommen.

Der Kompromißantrag wurde, wie die Forderung der Frauenorganisation überhaupt, von Genossin Zietz folgendermaßen begründet: „Ich bin stolz und beglückt, daß die Frauen zur Opposition gehören. Die Belohnung dafür ist mir durch den Hinauswurf geworden. Ich habe die Hoffnung, daß die Forderungen der Frauen jetzt anders bewertet werden als in der alten Partei: denn immer und immer wieder sind meine Anträge im Parteivorstand aufgeschoben und abgelehnt worden. Als ich noch kurz vor dem Hinauswurf eine Agitation durch Herausgabe meiner kleinen Schrift anregte, da fand in drei Wochen keine Sitzung statt, die dazu Stellung nahm. Als ich eine Agitation für die „Gleichheit" anregte, wurde diese abgelehnt mit der Begründung, so lange die „Gleichheit" keine andere Haltung einnimmt als die jetzige, wünschen wir keine Agitaton. Es wurde die Aufforderung an mich gestellt, Genossin Zetkin zuzureden, daß die „Gleichheit" eine andere Haltung einnehme, jeder Abonnent, der der „Gleichheit" verloren gehe, sei ein Gewinn. Ja, für die Partei allerdings! Deshalb wurden auch alle Anträge auf Frauenkonferenzen, Bezirkskonferenzen und Reichskonferenzen abgeschlagen. In der neuen Partei muß man anders handeln. Es sind schon allein Zweckmäßigkeitsgründe, die dazu zwingen. Die Hineinbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß hat unserm ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufgedrückt. Der Bereich der Frauen hat sich geweitet und sie der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. Unsere Pflicht ist es, sie zur weitgehenden Mitarbeit zuzulassen. Viele Frauen, die bis jetzt noch in der alten Partei organisiert sind, warten nur darauf, aufgerufen zu werden."

In diesem Sinne um des lebendigen, vorwärtsdrängenden Geistes willen, der auf der Gothaer Tagung zum Ausdruck gelangte, können die Genossinnen vorderhand mit den Fortschritten zufrieden sein, die die Konferenz für ihre Stellung und Bewegungsfreiheit gebracht hat. Die größere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Genossinnen im Rahmen der neuen Organisation kann außer den hervorgehobenen guten Wirkungen noch eine sehr wichtige Folge herbeiführen. Sie ermöglicht es, daß alle Genossinnen, ohne Unterschied der Richtung, sich zu gemeinsamen Aktionen für Frauenrecht und Frauenschutz zusammenfinden. Bei Getrenntmarschieren läßt sich ein Vereintschlagen verwirklichen. Sie dürfen nicht nach oben schauend hoffen und harren, sie müssen denken, fordern, handeln. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst muß auch die Frau sein. („Gleichheit.")

Die Militärfrage.

„Wir sind doch keine Wiederkäuer, daß man uns in jeder Nummer der „Vorkämpferin" die gleiche Frage wieder und wieder zur Verdauung vorlegt," mögen vielleicht die einen oder andern sagen, die da meinen, weil sie eine Lösung gefunden haben, sie müsse nun unbedingt auch für alle andern die absolut richtige und einzige, unumstößliche Lösung geworden sein.

Wir müssen damit rechnen, daß schon oft und in reicher Anzahl Lösungen und Losungen gerade in dieser Frage ausgegeben wurden von unserer Partei, die wieder revidiert wurden. Man muß sich daher nicht wundern, wenn von der einen oder andern Seite Zweifel und Bedenken aufsteigen, ob die nun von dem Parteivorstand mit Mehrheit empfohlenen die wirklich besten und richtigsten seien. Hauptsächlich für jene, die keine Lust und vor allem auch keine Zeit und keine Möglichkeit haben, sich einigend mit theoretischen Auseinandersetzungen zu befassen, für die scheint es oft schwer, sich in dem Labyrinth von Anträgen zurechtzufinden. Entweder geben sie sich mit der kürzesten und scheinbar klarsten Lösung und Losung zufrieden, ohne sich über